



AfD Fraktion Rheingau Taunus

Postfach 14 39, 65 222 Taunusstein

Fraktionsvorsitz: Klaus Gagel

Fraktionsgeschäftsführung: Karl Mayer

Bankverbindung: vr-bank Untertaunus

IBAN: DE30 5109 0000 **0069 1725 04**

Taunusstein, den 20.02.2024

Antrag der AfD-Fraktion zur KT-Sitzung am 27.02.2024 **Einführung einer "Bezahlkarte" für Asylbewerber und Geduldete**

**Der vorliegende Antrag ersetzt den Antrag „Kein Bargeld für Asylsuchende“,
Drs. XI/973, TOP III.19 der KT-Sitzung am 04.12.2023**

Der Kreistag möge beschließen:

1. Der Kreistag stellt fest, dass die kürzlich innerhalb der Ampelregierung aufgeworfenen Meinungsverschiedenheiten bezüglich einer Bezahlkarte für Asylsuchende zu einer Blockade und einer faktischen, flächendeckenden Nicht-Einführung führen könnten, sofern die Kreisverwaltungen und kreisfreien Städte nicht in Eigenregie tätig werden.
2. Der Kreisausschuss wird daher gebeten, zu prüfen, wann konkret die im Koalitionsvertrag zwischen den die Hessische Landesregierung tragenden Parteien und vom Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz, Boris Rhein, am 31.01.2024 angekündigte bundesweite Bezahlkarte letztendlich im Rheingau-Taunus-Kreis realisiert werden kann.
3. Der Kreistag spricht sich dafür aus, dass der Prozess einer Einführung einer Bezahlkarte nicht jahrelang dauern darf und fordert den Kreisausschuss auf, auf Landes- und Bundesregierung dahingehend einzuwirken, dass eine Dringlichkeit besteht.
4. Falls eine Realisierung im Sinne von Punkt 2 nicht kurzfristig (das heißt im Jahre 2024) absehbar ist, wird der Kreisausschuss gebeten, die Möglichkeit zu prüfen, eine Bezahlkarte nach Thüringer Vorbild (Landkreise Eichsfeld und Greiz) für Bezahlkarten für Asylbewerber und Geduldete im Rheingau-Taunus-Kreis einzuführen.
5. Falls die Prüfung nach Punkt 5 dieses Antrags eine mögliche, eine schnelle und wirtschaftlich sinnvolle Einführung einer Bezahlkarte zum Ergebnis haben sollte, soll umgehend mit einer Realisierung auf Kreisebene begonnen werden. Andernfalls soll der Kreistag nach Vorlage einer Verwaltungsmitteilung auf der nächsten Sitzung entscheiden.

Begründung:

AfD Fraktion im Kreistag des Rheingau Taunus

Postfach 14 39, 65 222 Taunusstein

eMail: fraktion@afdrtk.de

Facebook: www.facebook.com/afdrheingautaunus

Internet: www.afdrtk.de

Seite 1/2



In den Landkreisen Eichsfeld und Greiz im benachbarten Thüringen wurde Anfang Dezember 2023 eine sogenannte "Bezahlkarte" für Asylbewerber und Geduldete, deren Asylantrag abgelehnt wurde, eingeführt. Die Betroffenen bekommen monatlich einen geringeren Geldbetrag als zuvor bar ausgezahlt. Im Gegenzug wird zusätzlich die Bezahlkarte mit einem limitierten Betrag aufgeladen. Auch im Ortenaukreis in Baden-Württemberg soll Anfang 2024 eine Bezahlkarte eingeführt werden.

Die Karten können allerdings nur regional begrenzt genutzt werden und gelten nur im jeweiligen Landkreis. Die Finanzierung weiterer Flüchtlingsströme durch Auslandsüberweisungen kann auf diese Weise ebenso bekämpft werden wie Überweisungen an Schlepperorganisationen.

Darüber hinaus wird die heimische Wirtschaft gestärkt, weil der mit den ausgegebenen Karten getätigte Umsatz zu 100% den jeweiligen Kreisen zu Gute kommt.

Der Eichsfelder Landrat Werner Hennig (CDU) sagte dazu, dass er keine Diskriminierung in der Umstellung von Bargeld auf die Bezahlkarte sehe und dass die rechtlichen Grundlagen dafür vorhanden seien.

Wird beispielsweise gekaufte Ware im Geschäft zurückgegeben, gibt es statt Bargeld eine Gutschrift auf die Karte. Mit diesen Maßnahmen soll laut der Greizer Landrätin Martina Schweinsburg (CDU) verhindert werden, dass Geld ins Ausland geschickt wird.

Auch der Unstrut-Hainich-Kreis prüft die Einführung einer Bezahlkarte statt Bargeld für bestimmte Gruppen von Flüchtlingen. Das sagte Landrat Harald Zanker (SPD) im Kreistag. Dazu habe die Verwaltung im November das Gespräch mit den Landkreisen Greiz, Saale-Orla und Saalfeld-Rudolstadt sowie mit drei Anbietern solcher Karten gesucht.

In Hessen kann der Landkreis Rheingau-Taunus Vorbildfunktion für Hessen übernehmen und schnellstens die Bezahlkarte einführen. Eine Bezahlkarte im Kreis einzuführen sollte recht einfach möglich und schnell realisierbar sein: Schon kurz nach dem Beschluss, Anfang Dezember 2023, ging Martina Schweinsburg in ihrem Landkreis Greiz/Thüringen hin und startete die Bezahlkarte in Eigenregie. Der Bild-Zeitung sagte sie: „Innerhalb von zwei Tagen war mit dem Anbieter alles geklärt. Nach zwei Wochen waren die Karten erstellt.“

Presseberichten ist zu entnehmen, dass Menschen durch die Umstellung auf Bezahlkarte die entsprechenden Landkreise verlassen. Damit wäre eine Entlastung des Haushaltes gegeben.

Gez. Klaus Gagel, Fraktionsvorsitzender

AfD Fraktion im Kreistag des Rheingau Taunus

Postfach 14 39, 65 222 Taunusstein

eMail: fraktion@afdrtk.de

Facebook: www.facebook.com/afdrheingautaunus

Internet: www.afdrtk.de

Seite 2/2